



Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen

LG IN 5111E-3807/2025

Datum

22.12.2025

**Die Bewährungshilfe bei dem Landgericht Ingolstadt sucht zum
01. Januar 2026 oder später eine/n hauptamtliche/n
vollbeschäftigte/n Bewährungshelfer/in (m/w/d)**

Berufsbild:

Bewährungshelfer/innen betreuen jugendliche, heranwachsende und erwachsene Personen im Rahmen der Strafaussetzung zur Bewährungs- und Führungsaufsicht. Es handelt sich hierbei um straffällige Personen, die bei der gesellschaftlichen und beruflichen Wiedereingliederung unterstützt werden sollen.

Weitere Informationen hierzu erhalten Sie auf der Homepage des

Landgerichts Ingolstadt → Bewährungshilfe

[Landgericht Ingolstadt – Startseite - Bayerisches Staatsministerium der Justiz](#)

Ihre Aufgaben:

Die Probanden sollen durch zielorientierte und methodische Unterstützung befähigt werden, ihr Verhalten so zu modifizieren, dass sie in Zukunft ein straffreies Leben führen können. Die Methoden der sozialen Einzelfallhilfe wie auch der sozialen Gruppenarbeit orientieren sich im Wesentlichen an den Bedürfnissen der Probanden/innen. Diese sollen durch gezielte Gesprächsführung motiviert werden, eigene Fähigkeiten, Stärken und Schwächen zu überdenken. Sie sollen Verantwortung für sich selbst, gegenüber den Opfern und der Gesellschaft entwickeln sowie zu einer

Hausanschrift
Auf der Schanz 37
85049 Ingolstadt

Öffentliche Verkehrsmittel
alle Buslinien -
Haltestelle Omnibusbahnhof

Geschäftszeiten
Wegen der Gleitzeit erreichen Sie
die Mitarbeiter:
Mo - Fr: 08:00 - 12:00 Uhr
Do zusätzlich 13:30 - 16:00 Uhr
Internet und E-Mail
www.justiz-netz.bayern.de/justiz/lg/in
poststelle@lg-in.bayern.de

Telefon
0841/312-0 (Vermittlung)

Datenschutzhinweis
Informationen zum Datenschutz erhalten Sie
unter www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/landgericht/ingolstadt oder über die
obenstehenden Kontaktdaten

E-Mail-Adressen eröffnen keinen Zugang für Erklärungen in Rechtssachen

realistischen Lebensplanung gelangen.

Ihr Anforderungsprofil:

Erfolgreicher Abschluss des Studiums Diplom Sozialpädagoge/in (FH) oder des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit jeweils mit staatlicher Anerkennung.

Die Wahl des Schwerpunkts Resozialisierung oder die Arbeit mit Straffälligen im Studium ist sinnvoll, aber nicht Bedingung für die Tätigkeit. Berufserfahrung in anderen (Sozial-) Berufen ist erwünscht.

Des Weiteren sollen die Bewerberinnen und Bewerber die allgemeinen dienstlichen Voraussetzungen für eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis erfüllen, **insbesondere:**

- Besitz der deutschen oder einer EU-Staatsangehörigkeit
- Nachweis der Verfassungstreue
- Einhaltung der Altersgrenze (mögliche Verbeamtung bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres)
- charakterliche Eignung (keine Vorstrafen)
- gesundheitliche Eignung (Nachweis durch amtsärztliches Gutachten)

Wir erwarten:

- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Verantwortungsbewusstsein und hohe Sozialkompetenz
- hohe Belastbarkeit, Durchsetzungsvermögen, Einsatzfreude, selbständiges Arbeiten, auch im Außendienst, sowie stetige Fortbildungsbereitschaft
- gute EDV-Kenntnisse,
- Pkw-Führerschein mit Fahrpraxis

Wir bieten Ihnen:

- eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche, verantwortungsvolle und vielseitige Tätigkeit
- einen modernen, zukunftssicheren Arbeitsplatz
- Standortsicherheit

- tarifgerechte Bezahlung nach den Bedingungen des TV-L (Entgeltgruppe S 15 als Zeitbeschäftigte/r gemäß § 14 Abs. 2 Teilzeitbefristungsgesetz)
- zusätzlich vermögenswirksame Leistungen, eine jährliche Sonderzahlung und eine betriebliche Altersvorsorge
- einen jährlichen Urlaubsanspruch von 30 Tagen
- eine umfassende Einarbeitung am Arbeitsplatz
- sehr gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch gleitende Arbeitszeit und flexible Teilzeitmöglichkeiten, sofern durch Jobsharing die ganztägige Wahrnehmung der Aufgabe gesichert ist.
- vielfältige und attraktive Fortbildungsmöglichkeiten (in fachlicher Hinsicht durch ein bayernweit einheitliches Schulungskonzept, daneben EDV-Kurse, Schlüsselkompetenzschulungen und E-Learning-Plattform)
- durch den Arbeitgeber gefördertes Gesundheitsmanagement

Das klingt nach Ihrer beruflichen Zukunft?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung!

Weitere Informationen:

Das Arbeitsverhältnis nach § 14 Abs. 2 TzBfG ist zunächst befristet auf 12 Monate. Eine Weiterbeschäftigung wird jedoch angestrebt.

D. neu einzustellende Beschäftigte darf zuvor **nicht** in einem Arbeitsverhältnis zum Freistaat Bayern gestanden haben.

Die Bewerbung richten Sie bitte bis spätestens **20. Januar 2026** in elektronischer Form (**PDF-Datei**) oder schriftlich an die

Präsidentin des Landgerichts Ingolstadt

z. Hd. Frau Häckl

Auf der Schanz 37

85049 Ingolstadt

poststelle.verwaltung@lg-in.bayern.de

Fügen Sie bitte folgende Unterlagen bei:

- Lebenslauf
- Prüfungszeugnis(se) (mit Einzelnoten)
- Abschlusszeugnisse von Schule und Berufsschule
- Arbeitszeugnisse (soweit vorhanden)

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir uns zugesandte Bewerbungsunterlagen nicht zurücksenden. Bitte reichen Sie deshalb nur Kopien und keine Mappen ein. Die Kopien werden nach dem vollständigen Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber (m/w/d) haben bei im Wesentlichen gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung Vorrang bei der Einstellung vor nicht schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern (m/w/d).

Die bayerische Justiz fördert die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (m/w/d). Im Rahmen der rechtlichen Vorgaben werden Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von Geschlecht, kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Orientierung begrüßt.

Als Ansprechpartnerinnen stehen Ihnen

Frau Leitende Bewährungshelferin Schmuck

Telefon 0841/312-479

sowie die

ständige Vertreterin der Geschäftsleiterin

Frau Häckl

Telefon 0841/312-237

zur Verfügung.

Mit der Abgabe der Bewerbung stimmen die Bewerber (m/w/d) der vorübergehenden Speicherung der im Rahmen des Auswahlverfahrens erforderlichen Daten zu.

Informationspflichten zum Datenschutz in Bewerbungsverfahren

Datenschutzhinweise zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen Ihrer Bewerbung.

Im Folgenden informieren wir Sie nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Erhebung personenbezogener Daten im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zur Einstellung bei dem Landgericht Ingolstadt.

1. Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Landgericht Ingolstadt
Auf der Schanz 37
85049 Ingolstadt
Telefon: 0841/312 426
E-Mail: poststelle@lg-in.bayern.de

2. Unseren Datenschutzbeauftragten können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Der Datenschutzbeauftragte bei dem Landgericht Ingolstadt

Auf der Schanz 37
85049 Ingolstadt
Telefon: 0841/312 426
E-Mail: datenschutzbeauftragter@lg-in.bayern.de

3. Zweck der Datenerhebung ist es, eine rechtmäßige Prüfung Ihrer Bewerbung im Rahmen des Bewerbungsverfahrens vollziehen zu können. Hierfür speichern wir alle von Ihnen uns zur Verfügung gestellten Daten im Rahmen Ihrer Bewerbung.

Auf Basis der im Rahmen der Bewerbung übermittelten Daten prüfen wir, ob Sie zum Vorstellungsgespräch als Teil des Auswahlverfahrens eingeladen werden können. Sodann erheben wir im Falle von grundsätzlich geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern bestimmte weitere personenbezogene Daten, die für die Auswahlentscheidung wesentlich sind. Kommen Sie für eine Einstellung in Betracht, werden Sie gesondert über die im Rahmen des Einstellungsverfahrens zu erhebenden personenbezogenen Daten informiert. Rechtsgrundlagen für die Datenerhebung und die Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b DSGVO, Art. 9 Abs. 2 Buchst. b und h DSGVO, Art. 88 Abs. 1 DSGVO, Art. 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 BayDSG.

4. Soweit Ihre persönlichen Daten elektronisch verarbeitet und gespeichert werden, erfolgt der technische Betrieb unserer Datenverarbeitungssysteme durch die staatlichen Rechenzentren sowie das Landesamt für Finanzen als Auftragsverarbeiter.

5. Ihre innerhalb des Bewerbungsverfahrens gewonnenen personenbezogenen Daten speichern wir zwei Jahre.

Im Falle nicht erfolgreicher Bewerbung oder bei Rücknahme dieser vernichten wir die von Ihnen im Rahmen der Bewerbung übermittelten Daten nach Ablauf von zwei Jahren nach Mitteilung der Absage. Die Aufbewahrung im Rahmen dieser Fristen ist für den Fall etwaiger Klagen (v. a. etwaige Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz) aus Rechtsgründen erforderlich.

Erfolgt eine Einstellung, so werden Sie gesondert über die dann geltenden Regelungen zum Umgang mit Ihren Personaldaten, insbesondere hinsichtlich der Anlage von Personalakten, informiert, siehe auch schon unter Nr. 3.

6. Weiterhin möchten wir Sie über die Ihnen zustehenden Rechte nach der DSGVO informieren:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 Abs. 1 DSGVO).

- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim **Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz**. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD)

Wagmüllerstraße 18

80538 München

Postanschrift: Postfach 22 12 19

80502 München

Telefon: 089 212672-0

Telefax: 089 212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Internet: www.datenschutz-bayern.de

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Landgericht Ingolstadt, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Wird während des Bewerbungsverfahrens die Löschung der Bewerbungsdaten begehrt, wird dies als Rücknahme der Bewerbung gewertet.

Landgericht Ingolstadt